



Generationengerechtigkeit und Staatsverschuldung

Gaschick, Lucia: Generationengerechtigkeit als Ordnungsprinzip für die Staatsverschuldung. Eine Untersuchung aus ökonomischer und sozialetischer Sicht, Baden-Baden: Nomos 2018, 399 S., ISBN 978-3-8487-5545-5.

Es war schon einmal besser bestellt um den interdisziplinären Austausch zwischen christlicher Sozialethik und Volkswirtschaftslehre. Die Verantwortung dafür liegt durchaus auf beiden Seiten. Seit den 1970er-Jahren hat sich in den Wirtschaftswissenschaften zunehmend das Paradigma einer isolierenden Ökonomik durchgesetzt, die sich weitgehend darauf beschränkt, die inneren Mechanismen des Funktionssystems Wirtschaft zu analysieren und in mathematisch-formalen Modellen abzubilden. Und ebenfalls seit den 1970er-Jahren hat sich der sozialetische Diskurs in der Theologie zunehmend zu der Perspektive Politischer Theologie hin verschoben, der es vor allem um Sozialkritik in der biblisch-prophetischen Tradition geht. Nicht zufällig ist die Zeitschrift, in der diese Rezension erscheint, nach dem Propheten Amos benannt.

Zweifellos haben sowohl die isolierende Ökonomik als auch die Politische Theologie in ihren jeweiligen Fächern sehr wichtige Impulse gesetzt, aber sie haben eben auch dazu beigetragen, den interdisziplinären Dialog zwischen Volkswirten und Theologen weitgehend zum Erliegen zu bringen. Denn wenn der gesellschaftliche und der kulturelle Kontext von Wirtschaft gar nicht mehr im Blickfeld ökonomischer Forschung liegen, dann stellen sich auch keine ethisch-normativen Fragen mehr. Und wenn sich Theologie und Kirche auf eine pauschale Kapitalismuskritik zurückziehen, dann



werden auch auf dieser Seite keine im eigentlichen Sinne wirtschaftsethischen Fragen mehr gestellt und diskutiert.

Insofern stellt Lucia Gaschicks Studie eine bemerkenswerte Ausnahme dar, indem sie das Thema Staatsverschuldung sowohl aus ökonomischer als auch aus sozialetischer Sicht untersucht. Dabei stellt sie – und das ist ihre wirklich innovative Forschungsleistung – diese beiden Perspektiven nicht einfach nebeneinander, sondern verknüpft sie konsequent miteinander. Das heißt, sie bereitet nicht nur die ökonomischen Daten zur Staatsverschuldung auf und diskutiert diese dann unter dem sozialetischen Begriff der Generationengerechtigkeit, sondern ihr Anspruch ist, diese sozialetische Perspektive auch innerhalb des ökonomischen Paradigmas operationalisierbar zu machen, also in einem Modell darzustellen und auf diese Weise Generationengerechtigkeit mit Blick auf unterschiedliche Verschuldungspolitiken messbar zu machen.

Das ist ein ambitioniertes Vorhaben, aber in diesem Fall stimmt der Satz: Wer wagt, gewinnt. Denn die Autorin löst ihren Anspruch auf beeindruckende Weise ein. Sie tut das in vier Schritten bzw. Kapiteln. In dem ersten Kapitel setzt sie sich mit den für ihre Arbeit zentralen Begriffen (Staatsverschuldung, Generationengerechtigkeit, Soziale Marktwirtschaft) auseinander und legt dabei auch die eigenen normativen Voraussetzungen offen. Als Volkswirtin rechnet sie sich zur Freiburger Schule der Ordnungsökonomik, als Theologin versteht sie sich als Ordnungsethikerin in der Tradition etwa eines Joseph Höffner. Das zweite Kapitel befasst sich mit der ökonomischen Problematik der Staatsverschuldung. Auf der Grundlage einer sowohl theoretischen als auch einer empirisch deskriptiven Analyse zeigt die Verfasserin auf, dass die Verschuldungspolitik in Deutschland in der Tat ein intergenerationelles Belastungsgefälle erzeugt. Dieses Ergebnis der ökonomischen Analyse wird im dritten Kapitel sozialetisch aufgegriffen und mit der Diskussion um den Begriff der Generationengerechtigkeit konfrontiert. Ziel ist es, Generationengerechtigkeit als ein sowohl ökonomischen wie auch sozialetischen Ansprüchen genügendes Ordnungsprinzip Sozialer Marktwirtschaft zu begründen und zu entfalten. Dabei geht die Autorin von dem aristotelischen Gerechtigkeitsbegriff aus und versucht, jede der Teilgerechtigkeiten im Hinblick auf die Frage intergenerationaler Gerechtigkeit zu konkretisieren. Die Tauschgerechtigkeit verbindet sie dafür mit dem Pay-as-you-use-Prinzip des Ökonomen Richard Musgrave, für die Verteilungsgerechtigkeit greift sie auf das Differenzprinzip von John Rawls zurück und für die Geset-



zungsgerechtigkeit auf das Pareto-Kriterium der Wohlfahrtsökonomik. Aus diesen Elementen entwickelt die Verfasserin das angezielte Ordnungsprinzip der Generationengerechtigkeit, welches in dem vierten und letzten Kapitel in einem ökonomischen Modell aufbereitet wird. Dafür übersetzt sie die drei erarbeiteten Teilaspekte ihres Begriffs intergenerationaler Gerechtigkeit in mathematische Formeln, und auf dieser Grundlage untersucht sie

für sechs verschiedene Szenarien in einer Modellrechnung die Auswirkungen verschiedener Verschuldungspolitiken, unter anderem auch die der vor zehn Jahren eingeführten Schuldenbremse.

Die Autorin stellt klar, dass das von ihr entwickelte Modell „trotz der Eindeutigkeit der Indikatoren keine Anleitung nach ‚Schema F‘ zur Herstellung generationengerechter Verschuldungspolitiken sein soll“ (S. 360). Es gehe – wie bei allen

Ordnungsprinzipien Sozialer Marktwirtschaft – um eine Orientierungshilfe, aber die Herausforderung verantwortungsvoller politischer Abwägungs- und Entscheidungsprozesse bleibe bestehen. Der Welt wäre eine Menge Ärger erspart geblieben, wenn sich alle Ökonomen der Möglichkeiten und Grenzen ihrer Profession im Blick auf Politikberatung immer derart bewusst gewesen wären.

Arnd Küppers, Mönchengladbach

Die EU als ethisches Projekt im Spiegel ihrer Sicherheitspolitik

Alexander Merkl/Bernhard Koch (Hrsg.), *Die EU als ethisches Projekt im Spiegel ihrer Außen- und Sicherheitspolitik*. Münster: Aschendorff / Baden-Baden: Nomos 2018. 381 Seiten, ISBN 978-3-8487-4861-7 (Studien zur Friedensethik Band 63).

Inzwischen hat sich der Hype der vergangenen Monate um die Europawahl am 26. Mai 2019 gelegt – mit der Bilanz, dass es etwa in Deutschland eine signifikant höhere Wahlbeteiligung als bei der letzten Wahl 2014 gab. Dennoch sollte das Thema Europa nicht mit der Wahl zum europäischen Parlament für längere Zeit erledigt sein. Im Gegenteil: Aus ganz unterschiedlichen Gründen ist es unverzichtbar, den Diskurs zu Europa und zur EU im engeren Sinne aufrechtzuerhalten und auszubauen. In diesen wichtigen interdisziplinären Diskurs ist auch der Sammelband von Alexander Merkl und Bernhard Koch einzuordnen, in dem es in erster Linie darum geht, allgemeine und grundsätzliche ethische Themen und Aspekte hinsichtlich der EU und sodann insbesondere mit Blick auf das, was allgemein als Außen- und Sicherheitspolitik der EU bezeichnet wird, erkundend und diskursiv ins Spiel zu bringen.

Der Band gliedert sich in zwei Schwerpunktbereiche, die als „Sinnblöcke“ ausgewiesen werden. Im „Sinnblock I“ geht es um Grundlagenreflexionen, die aus unterschiedlichen Perspektiven der Frage nachgehen, inwiefern sich die EU als



ethisches Projekt verstehen und deuten lässt. Im „Sinnblock II“ steht die europäische Außen- und Sicherheitspolitik und insbesondere die im Jahr 2016 etablierte offizielle „Globale Strategie“ der EU im Fokus der Aufmerksamkeit.

Zunächst also zum „Sinnblock I“: Wer über die Europäische Union nachdenkt, wird nicht umhinkommen diese als Friedens und Versöhnungsprojekt auszuzeichnen. Dieser Aufgabe kommen insbesondere die Beiträge von *Herbert Schlägel* und *Michael Geller* nach. Mit Blick auf die Europäische Union und Europa insgesamt ist immer wieder die Rede von der europäischen Wertegemeinschaft. Der Frage, inwiefern sich

diese Begrifflichkeit als ethisch-normative Grundlage der Europäischen Union eignet oder nicht, geht Christof Mandry nach, der bekanntermaßen für die Auseinandersetzung mit dieser Frage die erste Adresse schlechthin ist. Aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit in der *European Group on Ethics in Science and New Technologies* (EGE) ist es naheliegend, dass Hille Haker sich mit Fragen der Bioethik aus einer europäischen Werteperspektive befasst. Dass auch die katholische Kirche etwas zu Europa und der Europäischen Union zu sagen hat, wird in den Beiträgen von Kerstin Schlögl-Flierl und Michael Kuhn/Friederike Ladenburger deutlich: Zum einen wird nach den Impulsen der Päpste Johannes Paul II., Benedikt XVI. und Franziskus zur europäischen Thematik gefragt, zum andern werden Einblicke in die Arbeit der *Commission of the Bishops' Conferences of the European Community* (COMECE) gegeben.

Der „Sinnblock II“ hat einen besonderen Fokus auf die sogenannte „Globale Strategie“ der Europäischen Union, die 2016 eingeführt wurde, sowie auf aktuelle außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen der EU. Die Beiträge von Annegret Bendiek sowie von Ulrich Franke/Ulrich Roos führen – zumindest teilweise – grundlegend in die Thematik der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie in die Globale Strategie ein.

Darüber hinaus zeichnet sich dieser zweite Hauptteil des Bandes insbesondere



durch – im weitesten Sinne friedensethische – Überlegungen und Beiträge aus. Hier sind vor allem jene Aufsätze hervorzuheben, die Sicherheit als Leitbegriff der Europäischen Union befragen (Regina Ammicht Quinn), die dem „Mode-Begriff“ der Resilienz im Kontext der Globalen Strategie analytisch und ethisch nachgehen (Jochen Sautermeister), die die ethischen Wegmarken einer Flucht- und Migrationspolitik erkunden (Marianne Heimbach-Steins), die die Frage nach Abrüstung, Atomwaffen und nuklearer Abschreckung kritisch bedenken (Thomas Hoppe) oder auch den Klimawandel als Herausforderung im europäischen Kontext thematisieren (Andreas Lienkamp).

Keine Frage: Der Band besticht durch seine thematische Vielseitigkeit und die damit verbundenen, ganz unterschiedlichen Erfahrungs- und Reflexionskontexte und wissenschaftlichen Zugänge sowie die Vielzahl an ethischen Erkundungen und Perspektiven, die sich für den Europa-Diskurs insgesamt ergeben. Man wird nicht umhinkommen, zu konstatieren, dass die Themenfelder Frieden und Versöhnung, Wertegemeinschaft oder auch kirchliche Verkündigung etablierte und gewissermaßen klassische Themen der (sozial)ethischen Reflexion auf Europa sind und in dieser Hinsicht Vertrautes und Bekanntes zum Inhalt haben. Zum anderen werden aber mit den Thematisierungen von Sicherheit, Resilienz, Atom-

waffen oder Klimawandel zentrale Herausforderungen in den Blick kommen, bei denen es um wesentliche Zukunftsfragen der europäischen Gesellschaften und Europa insgesamt geht. Hier wird gewissermaßen das zukunftsrelevante Diskursfeld prospektiv abgesteckt.

„Die EU als ethische Projekt im Spiegel ihrer Außen- und Sicherheitspolitik“ ist somit ein unverzichtbarer Beitrag zum ethischen Diskurs um die Europäische Union sowie um deren Globale Strategie. Der Band gibt einen guten Überblick zu den Themen, die sich aus ethischer, genauerhin theologisch-ethischer und sozialetischer Perspektive aufgreifen und reflektieren lassen. Die großen Schlüsselbegriffe sind hier Frieden, Versöhnung, Wertegemeinschaft, Sicherheit, Resilienz, Migration, Terrorismus und Klimawandel. Wer sich zu diesen Themen aus europäischer Perspektive mit ethischem Interesse informieren und orientieren möchte, wird gerne auf die entsprechenden Beiträge in diesem (geradezu wörtlich zu nehmenden) Sammelband zurückgreifen.

Zwei kritische Anmerkungen seien dennoch gestattet: Irritierend und nicht schlüssig (ja eigentlich unsinnig) ist die Überschrift der beiden Hauptteile mit „Sinnblock I & II“ und sodann die nicht einheitliche formale Ausgestaltung der Beiträge – konkret: Nur einmal findet sich eine willkommene und hilfreiche Zusam-

menfassung, die dem Beitrag vorangestellt ist; sodann ist die Gliederungskultur der Beiträge etwas uneinheitlich, insofern in dem einen Beitrag mit Zifferngliederung gearbeitet wird, in einem anderen Beitrag nur Zwischenüberschriften erscheinen.

Da der sozialetische Diskurs nicht gerade von einer Reichhaltigkeit bezüglich der Auseinandersetzung mit Europa und europäischen Themen gesegnet ist, ist zu hoffen, dass mit dem von Merkl und Koch herausgegebenen Band nun endlich ein Durchbruch zu einem fortwährenden Diskurs gelungen ist. Eine ganze Reihe der im Band behandelten Themen ist, wie bereits zuvor angedeutet, höchst zukunftsrelevant und lädt in folgedessen zu weiterem Diskurs und vertiefter Forschung ein. Es wäre zu wünschen, dass die thematischen Bälle, die nun bildlich gesprochen in die Luft geworfen sind, weiter im Spiel bleiben und sich vor allem auch im Bereich der sozialetischen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler Forschungsinteressen an diesen europäischen Themen entzünden können. Zu wünschen ist selbstverständlich auch, dass die in der Sozialetik und Moraltheologie bzw. Theologischen Ethik Lehrenden auf diesen Band und seine Texte in ihren einschlägigen Lehrveranstaltungen zurückgreifen.

Johannes Frühbauer, Heidelberg



Schöpfungsethik zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Lederhilger, Severin (Hg.): Gärten in der Wüste. Schöpfungsethik zwischen Wunsch und Wirklichkeit, Regensburg Pustet 2018, 208 S., ISBN 978-3-7917-7211-0.

Der vorliegende, von Prof. Dr. Dr. Severin Lederhilger OPræm herausgegebene Sammelband veröffentlicht die Vorträge der 19. Ökumenischen Sommerakademie, die vom 12. bis 14. Juli 2017 in Krefsmünster stattfand und sich mit der Thematik „Schöpfungsethik zwischen

Wunsch und Wirklichkeit“ beschäftigt. Enthalten ist auch eine Predigt des Linzer Bischofs Dr. Manfred Scheuer. Die drei Autorinnen und zehn Autoren der in diesem Sammelband vorliegenden Aufsätze beschäftigen sich aus verschiedenen weltanschaulichen, fachwissenschaftlichen und theologischen Perspektiven mit der Thematik; so finden sich nicht nur Beiträge aus dezidiert katholisch-theologischer Sicht, sondern es kommen neben Vertretern und Vertreterinnen der Volkswirtschaftslehre, des Ingenieurwesens

und der Meteorologie auch orthodoxe und protestantische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie eine Islamwissenschaftlerin zu Wort.

Neben dem gemeinsamen Bezug auf ökologische Fragen und auf die Schöpfungsethik bilden für viele Autorinnen und Autoren die 2015 erschienene Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus sowie die 17 Sustainable Development Goals, welche die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen umfassen, eine Referenzgröße. So beschäf-

tigt sich beispielsweise der Heidelberger Volkswirt und Beauftragte der EKD für Umweltfragen Hans Diefenbacher in seinem Beitrag „Die Verantwortung der Christen für Natur und Umwelt“ mit der Ökologie als Wesensmerkmal christlicher Verantwortung. Dabei stellt er die Frage nach ethischen Kriterien im Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen, da die Umwelt im christlichen Verständnis als Schöpfung Gottes nicht beliebig zur Verfügung steht. Der sich insgesamt stark mit dem Engagement der Kirchen auseinandersetzen Beitrag legt zudem einen Schwerpunkt auf die Frage der Verhältnisbestimmung zwischen Gerechtigkeit und Umweltzerstörung bzw. Nachhaltigkeit; dies ist nach Diefenbacher nicht nur rückblickend zu erheben, sondern durchaus relevant für die Gegenwart und die Zukunft, da die Schöpfung als *creatio continua* weiterwirkt.

Während sich die emeritierte Meteorologieprofessorin Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb in ihrem Aufsatz „Klimawandel – eine Glaubensfrage?“ mit der Klimagerechtigkeit und der daraus resultierenden Verantwortung für den Menschen und die gesamte Schöpfung als ethische Frage beschäftigt, bezieht sich Prof. Dr. Michael Rosenberger in „Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt untergeht ... – Christliche Schöpfungsspiritualität zwischen Angst und Hoffnung“ explizit auf die Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus. Hiervon ausgehend zeigt er auf, dass das maximale Engagement für den Umweltschutz als Ausdruck des Gottvertrauens zu verstehen ist. Auf der Basis der Unterscheidung der Geister sind Handlungsansätze und -möglichkeiten angesichts der drohenden Katastrophen zu entwickeln.

Der Beitrag der Islamwissenschaftlerin und Religionspädagogin Dr. Ursula Fatima Kowanda-Yassin „Gottesdienst und Aktionismus. Die grüne Seite des Islam“ stellt von einem islamischen Menschenbild her sechs umweltethische Grundsätze vor: die Einheit der Schöpfung, den Menschen als mit der Natur harmonisierendes Wesen, die Sachwalterschaft des Menschen, die Erde als ein anvertrau-



tes Gut, die Dienerschaft des Menschen und die Bewahrung des Gleichgewichts der Schöpfung. Aus diesen heraus lassen sich nach Kowanda-Yassin umweltethische Prinzipien mit Relevanz für Ökologie und Nachhaltigkeit ableiten; letztere sind das Vermeiden von Übertreibungen, das Einhalten der Gesetze, die Demut gegenüber dem Schöpfer und seinen Geschöpfen, das Bewahren der Natur, die Sparsamkeit, die Sauberkeit sowie die Barmherzigkeit mit allen Geschöpfen. Der serbische orthodoxe Theologe und Bischof Andrej Čilerdžić stellt in „Schöpfungsethik – ein gemeinsamer Lernweg. Der Beitrag der orthodoxen Theologie zur ökologischen Verantwortung“ Überlegungen zu Solidarität und Diakonie in den Mittelpunkt. So steht für ihn im Zentrum einer Schöpfungsethik eine anthropologische Basis, die bei allen Umweltproblemen auszumachen ist. Daher muss die Haltung des Menschen gegenüber der Natur angefragt, überdacht und neu in Wort und Bild gebracht werden.

Der Agraringenieur Heinz Hödl, langjährig in kirchlichen Entwicklungsorganisationen leitend tätig, geht in seinem Aufsatz „Erfahrungen ökologischer Aufbrüche. Ökologische Aufbrüche, Engagements, Ermutigungen und Enttäuschungen“ vom Klimawandel als dem schwierigsten Problem der Menschheits-

geschichte aus und fordert auf Grundlage von *Laudato Si'* eine ökologische Umkehr, die eine Hinwendung zu globaler Solidarität, den Schutz der Schöpfung, eine gerechte, weltweite Steuerpolitik sowie nachhaltige Wirtschaft beinhaltet. Um einen solchen notwendigen und geforderten Wandel und damit auch die Eindämmung der Folgen des Klimawandels, die er z.B. in Flucht und Migration ausmacht, herbeizuführen, sind für ihn eine gerechte Verteilung und begrenzte Nutzung weltweiter Ressourcen, demokratische Regierungsstrukturen sowie eine Ausrichtung auf Gemeinwohl und Solidarität unabdingbar.

Blickt man insgesamt auf den ein breites Spektrum an vielfältigen Perspektiven abdeckenden Sammelband, so liegen dessen Stärken in der interdisziplinären, interkonfessionellen und auch interreligiösen Betrachtung der Themen Schöpfung, Schöpfungsethik sowie Klimawandel. Die Leser*innen erhalten einen breiten Einblick in Herangehensweisen, Herausforderungen und Lösungsansätze für die entsprechenden Fragestellungen – eine Einladung, sich intensiver und umfassender mit den vielfältigen Aspekten der Schöpfungsethik zu befassen. Kritisch bleibt anzumerken, dass Sichtweisen der jüdischen Theologie fehlen, die das Bild komplettiert hätten. Außerdem ist bedauerlich, dass die vorgebrachten Lösungsansätze, die vorgestellten Initiativen und die benannten Desiderate sich oftmals ausschließlich auf die Situation in Österreich beziehen; eine Ausweitung auf den gesamten deutschsprachigen Raum wäre wünschenswert gewesen.

Regina Meyer, Eichstätt



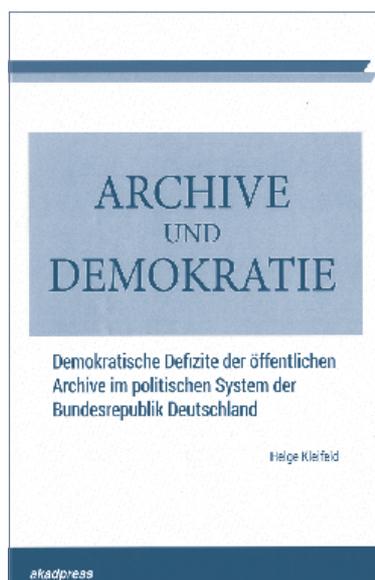
Archive und Demokratie

Helge Kleifeld: *Archive und Demokratie. Demokratische Defizite der öffentlichen Archive im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Essen: akadpress 2018, 301 S., ISBN 978-3-939413-55-4.

Archive sammeln, ordnen sowie erschließen Informationen und machen diese nutzbar, sie erfüllen Dienstleistungsaufgaben gegenüber Verwaltung, Wissenschaftlern und Bürgern und sie betreiben selbst Forschungs- und Bildungsarbeit. Ins breitere Blickfeld der Öffentlichkeit treten sie oft erst dann, wenn Vorwürfe der Aktenvernichtung die Runde machen oder sich verschiedene Institutionen um politisch brisante Nachlässe streiten. Der vorliegende Band verweist u.a. auf die Beispiele der Aktenvernichtung im Bundeskanzleramt beim Regierungswechsel 1998 oder auf das Gerangel um den Nachlass Helmut Kohls zwischen dessen Erben, der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Bundesarchiv.

Die jüngere Geschichte der Demokratie in Deutschland zeigt, wie das politische System unter einen „Partizipationsdruck“ geraten ist. Dieser hat unter anderem im Informationsfreiheitsgesetz von 2005 Ausdruck gefunden; dieses regelt den Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen von Bundesbehörden. Die Archive in Trägerschaft des Bundes und der Länder haben mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten, so Helge Kleifeld in seiner politikwissenschaftlichen Dissertation, mit der er 2018 an der Universität Marburg promoviert wurde.

Demokratiedefizite resultierten nicht allein aus den archivarischen Zugangsregeln, insbesondere den allgemeinen Schutzfristen. Der Verfasser, der als Stadtarchivar in Mönchengladbach tätig ist, macht darüber hinaus auch ein strukturelles Problem aus. Innerhalb der deutschen Verwaltungsstruktur sind Archive Teil der unmittelbaren Staatsverwaltung innerhalb der Exekutive – mit gravierenden Folgen: Ihre rechtliche Unselbständigkeit erzeuge eine politische, rechtliche



und wirtschaftliche Abhängigkeit vom jeweiligen Verwaltungsträger. Zwar seien diese, z.B. Ministerien, verpflichtet, ihre Aktenbestände den Archiven anzubieten, doch könnten letztere bei Zuwiderhandlung diesen Anspruch auf dem Rechtsweg kaum durchsetzen – etwa weil die Ministerien zugleich Verwaltungsträger der Archive seien. Auch die Stasiunterlagenbehörde sei keine eigene Rechtspersönlichkeit und unterliege der Rechtsaufsicht durch die Bundesregierung. Eine paradoxe Situation ergebe sich auch im Fall der retrospektiven Kontrollfunktion, die Archive erfüllen sollten: Es „entsteht eine Art ‚Selbstkontrolle‘ der Exekutive [...]“ (S. 215).

Kleifelds Überlegungen basieren auf einer empirischen Studie, bei der die Mitglieder des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien sowie zentrale Archive auf Bundesebene und in den Ländern befragt wurden. Auf diese Weise sollte geklärt werden, inwieweit die Vertreter der Legislative sowie die Archivinstitutionen als „die Gesetzesausführer auf operativer Ebene“ die demokratietheoretisch aufgewiesenen Probleme auch tatsächlich als solche wahrnehmen. Partizipations- und Kontrolldefizite würden durchaus wahrgenommen, so der Verfas-

ser in seinem Fazit. Zugleich gibt er sich aber pessimistisch, was künftige Veränderungen angeht: Die Exekutive werde aufgrund des zu erwartenden Macht- und Kontrollverlusts schwerlich Veränderungen herbeiführen. In der Legislative gebe es bisher nur wenige Experten innerhalb der Fraktionen, die sich der Tragweite des Themas und des normativen Demokratie-defizits im Archivwesen bewusst seien.

Gerade an dieser Stelle zeigt sich der Wert der vorliegenden, gut lesbaren Arbeit, die damit auch sozial- und politisch interessant ist: Erstmals werden die Aufgaben, welche Archive im freiheitlich-demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat erfüllen, einer politikwissenschaftlichen und demokratietheoretischen Beurteilung unterzogen. Das Thema ist allerdings alles andere als randständig. Angesichts veränderter Partizipationsansprüche – sowohl was ein inklusives Recht auf Information als auch ein datenschutzbezogenes Recht auf Vergessenwerden betrifft – sind die Ergebnisse durchaus brisant, wie der Verfasser selber andeutet, wenn er der eigenen Zunft eine „indifferente und zudem latent forschungsfeindliche Haltung“ (S. 217) attestiert. Die mangelnde Bereitschaft der Archive, ihre Aufgaben in der Demokratie selbstkritisch zu reflektieren, „kann als durchaus politisch gedeutet werden“ (ebd.).

Lösungsvorschläge liefert die Studie nicht mehr, aber Kleifeld deutet an, in welche Richtung weiter gedacht und geforscht werden sollte: In der modernen Demokratie seien Archive nicht mehr Hüter von Ansprüchen der Herrscher, sondern Orte „der Informationssicherung und Transparenz von staatlichem Handeln für den Souverän, den Bürger“ (S. 2). Als solche bräuchten die Archive aber notwendige Unabhängigkeit und eine eigene Rechtsfähigkeit. Vorbilder wären etwa die Datenschutzbeauftragten, öffentlich-rechtliche Sendeanstalten, Rechnungshöfe oder die Bundesbank.

Axel Bernd Kunze, Waiblingen (Rems)